



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 170. Ratssitzung vom 11. Dezember 2025

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2025/391, Antrag 088. und Postulat GR Nr. 2025/578

Gemeinsame Behandlung der Anträge 088. und 089. (Postulat GR Nr. 2025/578)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5508/2025): Im schulischen und betreuerischen Kontext arbeiten Menschen eng zusammen. Oft sind es hierarchische Settings, bspw. zwischen Betreuenden und Schüler*innen oder auch im Gesundheitsbereich. Hier bestehen Abhängigkeitsverhältnisse. Es ist wichtig, dass Bildungsinstitutionen und Betriebe in Gesundheit und Betreuung wissen, wie sie damit umgehen wollen. In hierarchischen Gefällen kommt es immer wieder zu kleinen Grenzverletzungen. Das ist meistens nicht tragisch, aber man muss einen Weg damit finden. Das geschieht am besten vorher und nicht erst, wenn sich etwas ereignet. Eine proaktive Haltung ist hilfreich und gibt Orientierung. Im Sonderschul- und Therapiebereich der Stadt zeigten sich mit dem «Bündner Standard» bereits gute Erfahrungen. Das ist ein praxiserprobtes Instrument mit verschiedenen Bausteinen. Aus unserer Sicht ergibt es Sinn, diese Erfahrungen auf die Volksschulen zu übertragen. Natürlich ist es nicht das einzig richtige Instrument. Die Personen an der Basis sollen mitreden können, was gut für sie ist. Diese Offenheit soll bleiben.

Sven Sobernheim (GLP): Mir bleiben nach diesem Votum viele Fragen zum Budgetantrag, da nur zum Postulat geredet wurde. Wie das Pilotprojekt ausgestaltet werden soll, wurde nicht ausgeführt. Eigentlich haben wir uns geeinigt, dass wir keine Mikrobeträge sprechen, was mit 8000 Franken der Fall wäre. Was soll man mit diesem Betrag an einer Regelschule machen? Die Mehrheit lehnt dieses Mikromanagement ab.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Gegen den «Bündner Standard» haben wir nichts. Diesen anzuwenden, verbieten wir nicht. Doch hier wird einmal mehr «top-down» entschieden, dass das alle Schulen so machen müssen. Das klingt nach Weiterbildungen, Sitzungen und noch mehr Bürokratie. Wenn Lehrer genug von etwas haben, dann davon. Zudem gibt es die Schulpflege. Sie wäre eine Ansprechstelle, die nicht in diesem Hierarchiegefälle steckt.



Weitere Wortmeldung:

Leah Heuri (SP): Wir haben eine Textänderung zum Postulat. Grundsätzlich unterstützen wir es, aber der aktuelle Wortlaut greift zu kurz: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Konzept zur Prävention und Sensibilisierung im Umgang mit Grenzverletzungen wie beispielsweise der «Bündner Standard» oder Limita für die Umsetzung in der Regelschule bereitgestellt - und das Wissen anderer Dienstabteilungen zur Verfügung gestellt werden kann. Zudem sollen ausreichende Mittel für externe Fachleistungen bereitgestellt werden, um die Implementierung zu begleiten». Der erste Teil der Textänderung ist notwendig, da wir uns als Gemeinderat nicht anmassen wollen, einen fachlichen Entscheid vorwegzunehmen, den die Schulpflege noch nicht gefällt hat. Die Verwaltung hat klar kommuniziert, dass die Umsetzungsprozesse für die stadtweiten Konzepte in Bearbeitung sind. Das Ziel ist, dass alle Regelschulen über ein wirksames Konzept verfügen. Welches Modell geeignet ist, steht noch nicht fest. Gerade deswegen wäre es falsch, im Postulat einen einzigen Ansatz zu privilegieren. Für die Einführung der Konzepte fallen nicht nur 8000 Franken an. Hinzu kommen interne Aufwände für die partizipative Erarbeitung in den Schulen. Diese können noch nicht eingeschätzt werden. Daher soll der Stadtrat ausreichend Mittel für externe Fachleistungen mitdenken. Entscheidend ist, dass unsere Regelschulen wirksam geschützt und begleitet werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich bin Präsident der Schulpflege und kann Leah Heuri (SP) bestätigen, dass wir es genauso machen, wie von ihr beschrieben.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): Tatsächlich habe ich nur zum Postulat gesprochen. Wir hatten die Vorstellung, dass es nicht bei diesem Mikrobetrag bleibt, wenn man so etwas umsetzen möchte. Die Schulpflege meinte, dass sie die Sache erst abklären möchte und deswegen nur diesen kleinen Betrag einstellt. Damit waren wir einverstanden. Auf die Frage, was es noch brauche, kam die Antwort, dass man das noch nicht abschätzen könne. Es ist nicht in unserem Sinn, etwas aufs Auge zu drücken, das nichts nützt. Darum sind wir offen für die Textänderung. Mit dieser kann man Stefan Urechs (SVP) Bedenken aus der Welt räumen. Die Schulpflege hat sich zu dieser Sache aktiv geäußert.

Florine Angele (GLP): Den Budgetantrag werden wir ablehnen. Dem Postulat stimmen wir auch mit Textänderung zu, da wir die Prüfung dem Stadtrat überlassen wollen, ob und wie das Instrument des Standards in den Stadtzürcher Schulen genutzt werden kann. Bei grossen Organisationen kann es in hierarchischen Konstrukten zu Grenzverletzungen kommen, darum macht es Sinn, zu solchen Fällen ein Konzept zu haben. Es besteht aber immer die Gefahr, unnötige Bürokratie zu schaffen. Das ist nicht die Idee.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Postulat und Budgetantrag sind wichtige Puzzlestücke zur Verhinderung von Gewalt und Grenzverletzungen. Die Textänderung ist sinnvoll.



Karin Weyermann (Die Mitte): Den Budgetantrag lehnen wir ab, ich verweise auf die Vorrednerinnen und Vorredner. Das Postulat unterstützen wir auch mit Textänderung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Einige haben gut recherchiert, darum ist das Ergebnis präzise, aber auch kompliziert. Es werden offene Türen eingerannt. Wir prüfen das Anliegen.

S. 403	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3132 00 000	Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
088.	Antrag Stadtrat			1 650 900	Mehrheit
					Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			8 000	1 658 900	Minderheit
					Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
					Enthaltung
					Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Bereitstellung des Präventionskonzepts «Bündner Standard» in einer Regelschule			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Jürg Rauser (Grüne) stellt den Ordnungsantrag auf Wiederholung der Abstimmung.

Dem Ordnungsantrag wird stillschweigend zugestimmt.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



4 / 4

5570. 2025/578

**Postulat von Sophie Blaser (AL) und Tanja Maag (AL) vom 03.12.2025:
Umsetzung des Konzepts «Bündner Standard» in der Regelschule**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2025/391, Beschluss-Nr. 5539/2025, Antrag Nr. 088.

Tanja Maag (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5508/2025).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher Schul- und Sportdepartements Stellung.

Leah Heuri (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ~~eine~~ das Konzept zur Prävention und Sensibilisierung im Umgang mit Grenzverletzungen wie beispielsweise der «Bündner Standard» oder Limita für die Umsetzung in der Regelschule bereitgestellt - und das Wissen anderen Dienstabteilungen zur Verfügung gestellt werden kann. Zudem sollen ausreichende Mittel für externe Fachleistungen bereitgestellt werden, um die Implementierung zu begleiten.

Tanja Maag (AL) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 89 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat